

Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ausschussbetreuender Fachbereich Jugend und Soziales	Datum 17.02.2004
	Schriftführerin Telefon-Nr. Sabine Biesenbach 02202/142847
Niederschrift	
	Sitzung am Mittwoch, 11. Februar 2004
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 16:03 Uhr – 19:16 Uhr
	Unterbrechungen: keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigegefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	
<p>A <u>Öffentlicher Teil</u></p> <p>1. Genehmigung der Niederschrift vom 02.12.2003 im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-</p> <p>2. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 02.12.2003 im Bereich Soziales -öffentlicher Teil- 47/2004</p> <p>3. Mitteilungen der Vorsitzenden im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-</p> <p>4. Mitteilungen der Bürgermeisterin im Bereich Soziales -öffentlicher Teil- 45/2004</p> <p>5. Vorberatung des Teilhaushalts 2004 für den Fachbereich 5 - Jugend und Soziales hier: Bereich Soziales 59/2004</p> <p>6. Veränderungen im Sozialhilferecht - Präsentation 49/2004</p> <p>7. Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-</p>	

B **Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift vom 02.12.2003 im Bereich Soziales - nichtöffentlicher Teil-**
2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 02.12.2003 im Bereich Soziales -nichtöffentlicher Teil-**
57/2004
3. **Mitteilungen der Vorsitzenden im Bereich Soziales -nichtöffentlicher Teil-**
4. **Mitteilungen der Bürgermeisterin im Bereich Soziales -nichtöffentlicher Teil-**
5. **Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Soziales -nichtöffentlicher Teil-**

Bereich Soziales

A Öffentlicher Teil

Aufgrund der anwesenden Besucher beschließt der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) im Anschluss an die Beratung des öffentlichen Teils des Bereichs Jugend unmittelbar den öffentlichen Teil des Bereichs Soziales zu beraten.

Frau Bendig eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) – Bereich Soziales um 18:28 Uhr.

1 Genehmigung der Niederschrift vom 02.12.2003 im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

@-> Die Niederschrift der Sitzung vom 02.12.2003 wird in der vorliegenden Form genehmigt.

2 <-@ Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 02.12.2003 im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

@-> Der Durchführungsbericht wird zur Kenntnis genommen.

Bezüglich der Ausführungen zu Punkt 4 ergänzt Herr Hastrich, dass zwischenzeitlich die Stellungnahme des Fachbereichs 7 –*Umwelt und Technik* vorliegt.

Er führt aus, dass Drängelgitter in der Vergangenheit meist nur errichtet wurden, um den Fahrrad- und Mofaverkehr von Wegeverbindungen fern zu halten, die ausschließlich von Fußgängern genutzt werden sollten. Dabei wurden die Einschränkungen für Rollstuhlfahrer und Kinderwagen in Kauf genommen. Mittlerweile sind Straßenverkehrsbehörde und Baulastträger dazu übergegangen, Drängelgitter im Allgemeinen abzubauen, wenn konkrete Anträge von Betroffenen vorliegen. Ungeachtet der generellen Forderung nach Barrierefreiheit wird aber normalerweise nur auf einen konkreten Antrag hin reagiert, weil es schließlich einmal (andere) Gründe *für* die Drängelgitter gab und die Entfernung oftmals Proteste der Befürworter mit sich bringt.

Zum besseren Einstieg in Fahrzeuge des ÖPNV wird die Bordsteinkante (normalerweise liegt sie ca. 11 bis 12 cm über Fahrbahnniveau) heute nicht abgesenkt, sondern allenfalls auf 18 cm erhöht. An solchen Bussteigen wird den Fahrgästen die Möglichkeit gegeben, das Fahrzeug ohne Stufe zu erreichen.

Eine helle Markierung der Bordsteinkante kann in Einzelfällen zur besseren Erkennbarkeit der örtlichen Situation hilfreich sein. Hier sollten von den Behindertenverbänden jedoch konkrete Punkte benannt werden, da es nicht möglich sein wird, alle Haltestellen im Stadtgebiet entsprechend zu markieren. Bei neuen Haltestellen mit Verkehrsbedeutung wird den Belangen von sehbehinderten Menschen darüber hinaus auch durch die Verwendung baulicher Elemente (Noppensteine) Rechnung getragen.

Dazu bemerkt Herr Dr. Kassner, dass sich durch die Vernetzung von Fuß- und Radwegen ein verändertes Mofa- und Radfahrverhalten eingestellt hat und deshalb in anderen Kommunen Barrieren entfernt wurden. Er bedauert, dass die Stadt Bergisch Gladbach an ihrer soeben vorgetragenen Einstellung festhält und es eines konkreten Antrags bedarf, um eine Barriere abzubauen. Er regt an, dass der zuständige Fachbereich sich dieser Frage annehmen möge und beispielsweise nach Ortsbesichtigung entscheidet, welches Drängelgitter entfernt werden kann.

Zum Antwortschreiben an Frau Schöttler-Fuchs führt Herr Hastrich bezüglich der Möglichkeit, den Hauptschulabschluss nachholen zu können aus, dass auch an der Volkshochschule Bergisch Gladbach Vorbereitungskurse angeboten werden. Sie führen dann zur Fachoberschulreife.

<-@

3 Mitteilungen der Vorsitzenden im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

@-> Mitteilungen der Vorsitzenden liegen nicht vor.

<-@

4 Mitteilungen der Bürgermeisterin im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

@-> Am 01.01.2004 ist das sog. Landesbehindertengleichstellungsgesetz in Kraft getreten. In Absprache mit der Behindertenbeauftragten der Stadt soll zunächst der Beirat für Menschen mit Behinderungen Gelegenheit erhalten, sich mit dem Gesetz auseinander zu setzen und sich zu positionieren. Eine umfassende Information des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) als Fachausschuss ist für die Sitzung am 22.06.2004 vorgesehen.

<-@

5 Vorberatung des Teilhaushalts 2004 für den Fachbereich 5 - Jugend und Soziales **hier: Bereich Soziales**

@-> Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen. Auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt A 7 – J wird verwiesen.

<-@

6 Veränderungen im Sozialhilferecht - Präsentation

@-> Es wird beschlossen, die Präsentation an das Ende der Beratungen zu setzen. Sie findet damit in der Zeit von 18:35 Uhr bis 19:15 Uhr statt.

Um 18:48 Uhr verlässt Herr Dr. Kassner die Sitzung.

Herr Hastrich hält einen medienunterstützten Vortrag zum Thema Reform der Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Er stellt die damit korrespondierenden neuen Gesetze Sozialgesetzbuch II, in dem die Grundsicherung für Arbeitssuchende geregelt wird, und das Sozialgesetzbuch XII, das Regelungen für die Sozialhilfe und die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung enthalten wird, vor. Beide Gesetze sollen zum 01.01.2005 in Kraft treten. Sie regeln auch die sachliche Zuständigkeit zwischen der Bundesagentur für Arbeit einerseits und den Kommunen andererseits. Herr

Hastrich stellt die Auswirkungen auf die Kommunen dar und Änderungen, die sich für die betroffenen Bürger ergeben werden. Über den Fortgang der Beratungen wird der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) in seinen kommenden Sitzungen unterrichtet.

Die Dokumentation des PowerPoint –Vortrags ist dieser Niederschrift als Anlage 6 beigefügt. Als weiterführende Information ist dieser Niederschrift weiterhin die Dokumentation eines PowerPoint-Vortrages des Städte- und Gemeindebundes über die Inhalte der Grundsicherung für Arbeitssuchende (Sozialgesetzbuch II) als Anlage 7 beigefügt.

<-@

7

Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

@->

Anfragen werden nicht gestellt.

Frau Bendig schließt den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) – Bereich Soziales um 19:15 Uhr.

<-@